

Dr. Hopps Frohbotschaft sieht Dr. Vetter kritisch

FINANZEN Gemeinden erhalten 32 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen, der Landkreis 19 Millionen Euro. Abgeordnete interpretieren Zahlen unterschiedlich.

CHAM. „Im kommenden Jahr fließen knapp 52 Millionen Euro an staatlichen Mitteln in unseren Landkreis. Auf die Gemeinden entfallen davon über 32,2 Millionen Euro, während die Landkreiszuweisungen über 19,4 Millionen betragen.“

Diese Frohbotschaft überbrachte der CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Hopp am Freitag für die 39 Bürgermeister. „Die Bayerische Staatsregierung steht damit zu ihrer Verantwortung für eine ausgewogene Entwicklung der Gemeinden und Landkreise besonders in den ländlich geprägten Regionen“, kommentiert der CSU-Parlamentarier den Beschluss des Landtags. Landesweit steigen die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr bayernweit um rund 91 Millionen Euro auf 3,23 Milliarden Euro.

So hilft der Freistaat Kommunen

Schlüsselzuweisungen sind die wichtigsten staatlichen Zahlungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Die Höhe der Summe für die einzelnen Gemeinden ist dabei ein Indikator, wie gut sie von der eigenen Haushaltskraft her dasteht. Kurz gesagt: Je besser eine Gemeinde dasteht, umso weniger bekommt sie vom Freistaat. „Der Gesamtansatz wird mit dem Nachtragshaushalt 2016 noch mal um 30 Millionen Euro auf 406 Millionen Euro erhöht“, berichtet der CSU-Abgeordnete.

Weiter weist Hopp darauf hin, dass die vor drei eingeführten Stabilisierungshilfen des Freistaats von ursprünglich 25,6 Millionen Euro auf nun 150 Millionen Euro in 2016 deutlich erhöht wurden.

Acht Gemeinden aus dem Landkreis erhielten Ende November als Stütze für ihre klamme Kasse vom Finanzminister einen Extra-Zuschuss:

SCHLÜSSELZUWEISUNGEN AN DIE 39 GEMEINDEN

› Arnschwang:	736 040	› Rimbach	833 012
› Arrach:	1 045 584	› Roding	627 084
› Blaibach:	772 320	› Rötz	810 572
› Cham:	190 416	› Runding	384 292
› Chamerau	848 024	› Schönthal	781 556
› Eschlkam	1 551 632	› Schorndorf	727 196
› Falkenstein	839 664	› Stamsried	904 384
› Furth im Wald	2 969 264	› Tiefenbach	799 036
› Gleißenberg	389 480	› Traitsching	1 532 404
› Grafenwiesen	597 824	› Treffelstein	446 300
› Hohenwarth	922 688	› Zell	680 404
› Bad Kötzing	74 556	› Waffenbrunn	856 948
› Lam	1 033 592	› Wald	–
› Michelsneukirchen	679 816	› Walderbach	637 304
› Miltach	535 960	› Waldmünchen	2 649 752
› Neukirchen b.Hl.Blut	1 569 108	› Weiding	785 068
› Pemfling	805 284	› Willmering	465 064
› Pösing	346 360	› Zandt	–
› Reichenbach	609 500	› Lohberg	1 034 920
› Rettenbach	730 904	› Insgesamt:	32 203 312

Blaibach (400 000 Euro), Furth im Wald (2 240 000 Euro), Bad Kötzing (1 200 000 Euro), Pösing (50 000 Euro), Rötz (1 000 000 Euro), Stamsried (400 000 Euro), Zell (350 000 Euro) und Waldmünchen (700 000 Euro).

„Durch die Reform der Schlüsselzuweisungen werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer besser erfasst, was zu mehr Gerechtigkeit führt und im Ergebnis steuerschwächeren Kommunen und dem ländlichen Raum zugutekommt“, sagt Hopp.

Dr. Vetter sieht nicht alles so rosig

Den Lobesworten, mit denen der Chamer CSU-Abgeordnete die Zahlen kommentiert, will sich der Chamer MdL Dr. Karl Vetter von den Freien Wählern nicht anschließen: „Für unsere Kommunen sind die Zuweisungen gut, aus meiner Sicht aber noch immer nicht gut genug. Schließlich befindet sich auch die Aufgabenlast der Kommunen auf Rekordebene. Leider weitaus mehr als die Zahlen des Ministers“, sagt Vetter.

Die öffentliche Daseinsvorsorge, der Ausbau der Barrierefreiheit und der Kinderbetreuung, Schwimmbäder, Sozialausgaben, Straßen- und Kanalsan-

nierung, Breitbandausbau und nicht zuletzt die Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung – die Liste steigender Ausgaben ließe sich fast beliebig fortführen.

Es sei kein Wunder, so Vetter, dass es selbst in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen viele Kommunen in Bayern gebe, die ihre Pflichtaufgaben entweder gerade noch oder nicht einmal mehr angemessen erfüllen könnten.

„Kommunen keine Bittsteller“

„Der Anspruch der Kommunen auf eine angemessene Finanzausstattung hat Verfassungsrang. Die Kommunen sind keine Bittsteller. Trotzdem werden sie so behandelt“, kritisiert Vetter.

Mittelfristig führe deshalb kein Weg an einer Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund vorbei. Dieser verharre seit Jahren auf 12,75 Prozent, angemessen und sachgerecht sei für die Freien Wähler aber eine Quote von 15 Prozent.

Damit hätten die Gemeinden einen wesentlich größeren, eigenverantwortlichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum und auch die Zahl der Stabilisierungshilfempfangender unter den Kommunen würde sich rapide verringern.